



## So ist er wirklich, der Ausländer

Journalisten, Polizei und SVP wollen die Pressefreiheit retten. Wie? Indem sie nach Verbrechen die Nationalität von Verdächtigen nennen. Doch wie viele gewalttätige Migranten gibt die Statistik überhaupt her?

Von [Carlos Hanimann](#) (Text) und Nadine Redlich (Illustration), 02.03.2020

Wenden wir uns für einmal einem vergnüglichen Thema zu: dem Ausländer.

Der Ausländer ist im Grunde ein äusserst angenehmer Zeitgenosse. Er arbeitet, er liebt, er isst, er trinkt, er schläft – und hin und wieder schlägt er jemandem den Schädel ein. So, wie der Nicht-Ausländer auch.

Verfolgt man allerdings die Berichterstattung über den Ausländer in den Medien, wird einem angst und bang: Er prügelt, raubt, mordet und sticht besonders gerne und besonders häufig mit dem Messer zu.

Zu diesem Schluss kommt zumindest eine aktuelle Studie aus Deutschland, die das weite Feld der gefühlten und faktischen Wahrheit und deren

Abbildung in den Medien erforscht hat. In seiner Langzeitanalyse hat der Journalismus-Professor Thomas Hestermann untersucht, wie häufig deutsche Medien in der Berichterstattung über Gewaltkriminalität die Herkunft von Tatverdächtigen nennen, wie stark die Nennung der Nationalität zugenommen hat und – vor allem – wie gut die Medienschaffenden damit die kriminalistische Realität in Deutschland abbilden.

Das Ergebnis ist nicht so gut. Um genau zu sein: sehr schlecht für das Fernsehen; und noch viel schlechter für die Presse. Doch dazu gleich.

## Ein kleiner Selbsttest

Nicht nur in Deutschland, auch hierzulande wird immer wieder darüber diskutiert, ob die Medien die nationale Herkunft von Verdächtigen nennen sollen beziehungsweise ob die Rohstofflieferanten der Kriminalitätsberichterstattung, die Medienstellen der Polizei, die Nationalitäten von sich aus angeben sollen.

Im Kanton Zürich wird die Frage aktuell gerade debattiert: Soll die Polizei die Nationalität von mutmasslichen Straftätern in ihren Medienmitteilungen nennen – oder nicht?

Anlass dazu gibt eine Initiative der SVP, dass die Polizeien nicht nur die Nationalität, sondern auch noch einen allfälligen Migrationshintergrund vermelden sollen. In den Kantonen Zug und Bern hat die SVP ähnliche Vorstösse eingereicht.

Einige Journalisten meinen, hinter der Frage, ob die Herkunft von Verdächtigen genannt werden soll, stecke ein wichtiger Kampf für die Pressefreiheit. Quasi: ohne Nationalitätennennung keine Demokratie. Dabei war eine solche Anfang der Nullerjahre eher die Ausnahme und ist erst in den letzten Jahren zum Standard geworden.

Bei der Kantonspolizei Zürich gilt allerdings seit langem, dass die Polizeisprecher in ihren Meldungen die Nationalität von mutmasslichen Straftätern nennen. Anders macht es die Stadt Zürich: 2017 veranlasste der damalige Polizeivorsteher Richard Wolff wegen eines Postulats von Min Li Marti und Samuel Dubno, dass die Stadtpolizei die Nationalität von Verdächtigen nicht mehr von sich aus in Polizeimeldungen schreibe, sondern nur noch auf Anfrage von Journalistinnen nenne. Die automatische Deklaration suggeriere fälschlicherweise, dass die Farbe des Passes ein Delikt erkläre, sagte Richard Wolff. Wissenschaftlich sei gut belegt, dass die automatische Nennung der Nationalität latenten Rassismus verstärke.

In einem taktischen, nicht ganz so wohldurchdachten Manöver haben die Sozialdemokraten im Kantonsrat Ende Januar einem Gegenvorschlag zur kantonalen SVP-Initiative zugestimmt, der in erster Linie die Praxis der Stadtpolizei umkrempeln soll: Auch sie soll dazu verpflichtet werden, die Nationalität automatisch zu nennen – nicht aber den Migrationshintergrund, wie die SVP fordert. In diesen Tagen kommt es zur Schlussabstimmung, das Ergebnis ist absehbar: Der Kantonsrat wird den einzigen mutigen Entscheid, den je ein Polizeivorsteher getroffen hat, rückgängig machen.

Die grösste Lokalzeitung stand bereits klatschend Spalier: Man müsse schliesslich dem Vorwurf vorbeugen, dass man «zentrale Fakten» unterschlage, schrieb der «Tages-Anzeiger» in einem Kommentar. Eine Nationalitätennennung nur auf Nachfrage sei Schikane, quasi Zensur.

Der «Tages-Anzeiger» meinte gar, man könne durch die Nennung der Nationalität Vorurteile abbauen, weil die Medien diese auch nennen würden, wenn der mutmassliche Täter ein Nicht-Ausländer wäre, also ein Schweizer.

Das war sicher gut gemeint. Nur leider grober Unfug, wie zum Beispiel ein Blick nach Deutschland zeigt.

An dieser Stelle ein kleines Quiz. Und ein Ausflug zur anfangs erwähnten Studie von Thomas Hestermann zur Berichterstattung über Gewaltkriminalität in Deutschland.

Wie viele Täter von Gewaltdelikten waren laut deutscher polizeilicher Kriminalstatistik 2018 Deutsche?



Wie häufig wurden Deutsche in Fernsehberichten als Täter von Gewaltdelikten genannt?



Wie häufig wurden Deutsche in Presseberichten als Täter von Gewaltdelikten genannt?



Anders als in der Schweiz war es in Deutschland bis vor wenigen Jahren absolut unüblich, die Nationalität von Verdächtigen zu nennen. Ausnahme war, wenn ein Zusammenhang zwischen Nationalität und Straftat bestand. Das entsprach bis 2001 übrigens auch den Richtlinien des Schweizer Presserats.

Eine wichtige Erkenntnis der Hestermann-Studie lautet denn auch: Bis 2014 spielte die Herkunft von Verdächtigen so gut wie keine Rolle. Dann kam die sogenannte Kölner Silvesternacht, eine aufgeheizte Diskussion um Übergriffe von Migranten und die Rolle der «Lügen- und Lückenpresse» – und ein paar Jahre später, 2019, wurde in Deutschland in jedem dritten Beitrag über Kriminalität die Nationalität von mutmasslichen Tätern genannt.

Die Medien versuchen seither, dem Vorwurf der «Lückenpresse» entgegenzutreten und besonders genau und umfassend über Gewaltkriminalität zu berichten. Es ist jedoch «genau das Gegenteil eingetreten», heisst es in der Hestermann-Studie: «einseitiger Fokus auf ausländische Tatverdächtige». Die Herkunft von Verdächtigen wird fast nur dann genannt, wenn es sich um Ausländer handelt.

Die Nennung der Nationalität hat also nicht zum Abbau von Vorurteilen geführt, sondern die kriminalistische Realität ins Groteske verzerrt und fremdenfeindliche Ressentiments verstärkt: Obwohl laut polizeilicher Kriminalstatistik 69 Prozent der verdächtigen Gewalttäter Deutsche waren, wurden sie nur in 3 Prozent der Fälle als Deutsche identifiziert, Nicht-Deutsche hingegen in 28 Prozent (im TV) beziehungsweise in 41 Prozent der Fälle (in der Presse).

Als Beispiel nennt Hestermann in seiner Studie die Figur des «Messer-migranten», die sich in fremdenfeindlichen Kreisen besonderer Beliebtheit erfreut. Die meisten Gewaltdelikte mit Stichwaffen und Messern sind allerdings Deutschen anzulasten. Ihre häufigsten Vornamen: Michael, Daniel, Andreas. «Im deutschen Fernsehen dagegen heissen die Messerstecher Sayed, Alaa oder Ahmad», schreibt Hestermann.

## **Das «interne Dokument»**

Die Fakten wären eindeutig: Warum also beharrt das Zürcher Kantonsparlament dennoch auf der Nationalitätennennung? Woher stammt dieser unbedingte Wille, auf die Herkunft von mutmasslichen Tätern hinzuweisen, obwohl wissenschaftlich erwiesen ist, dass die Polizei damit wenig klärt, aber viel verzerrt? Wer hat die Polizeisprecher darauf gebracht, dass sie in ihren Meldungen Nationalitäten nennen: die SVP vielleicht? Die Medien? Die Polizeikommandanten?

Alles falsch.

Die Antwort findet sich in den Empfehlungen der Kantonalen Konferenz der Polizeikommandanten aus dem Jahr 2010. Damals, so geben die Polizeikommandanten an, hätten die vereinigten Kantonspolizeien formell beschlossen, dass die Polizeisprecher «bei Medienorientierungen bei Tatverdächtigen und Opfern nebst dem Alter die Nationalität» bekannt geben sollten. Grundlage dafür sei ein «internes Dokument» gewesen.

Die Betonung auf dem Wort «intern» soll wohl bedeuten, dass in diesem Dokument irgendetwas Geheimes steht. Beschafft man sich dieses «interne Dokument» und liest es durch, steht darin aber nichts, was die Polizeien nicht auch öffentlich sagen. Unter Punkt 6 heisst es etwa: «In Medienorientierungen wird bei Tatverdächtigen und Opfern nebst dem Alter die Nationalität bekannt gegeben.» Und: «Ein Migrationshintergrund kann auf Anfrage bestätigt werden.»

Gemäss einem anderen internen Polizeidokument aus dem Jahr 2010 waren die Kommandanten über diese Empfehlungen alles andere als begeistert. Die Frage der Nationalitätennennung führte zu einer längeren Diskussion. Insbesondere der Zusatz zum Migrationshintergrund stiess auf Widerstand. «Politisch brisant», heisst es dazu im internen Protokoll. «Was versteht man darunter?», fragte ein Kommandant. «Zweitgeneration? Drittgeneration?»

In einer Konsultativabstimmung wollten acht Kommandanten den Pausus streichen, neun wollten ihn behalten. Heute steht der Zusatz in den Empfehlungen. Allerdings verzichteten die meisten Polizeikorps darauf, einen Migrationshintergrund anzugeben. Wer also schlug den unschlüssigen Polizeikommandanten vor, die Nationalität von Verdächtigen zu nennen?

Der Vorschlag stammt, so steht es in den Polizeiunterlagen, von einem öffentlich kaum bekannten Gremium namens SKMP, der Schweizerischen Konferenz der Medienbeauftragten der Schweizer Polizeikorps.

Im Klartext: Der Vorschlag, dass die Polizeisprecher die Herkunft von mutmasslichen Tätern nennen, kam von den Polizeisprechern selbst.

Wieso? Das weiss man heute selber nicht mehr so genau.

«Wer welche Inputs gemacht hat, war für den Entscheid nicht vordergründig», heisst es bei den Polizeikommandanten. Und bei den vereinigten Polizeisprecherinnen der Schweiz: In der Medienarbeit sei das Interesse an Nationalitäten von Verdächtigen halt «spürbar».

In einer früheren Version schrieben wir, dass die Zürcher Stadtpolizei die Nationalität von Verdächtigen bereits seit 2015 nicht mehr von sich aus nenne. Richtig ist: seit 2017. Wir entschuldigen uns für den Fehler.